

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weich, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Telephon: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenkettel 15 Pf.
Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Nebra.

Nr. 65

Dienstag, den 5. Juni 1928

41. Jahrgang

Das „Moralische“ der Heimatpresse.

Hoch ragt am Ufer des Rheins gegenüber dem Köhler Dom der Turm der Presseausstellung und wenn die Dunkelheit herabfällt, schwebt oben der Scheinwerfer seine Strahlenbündel weithin ins Land. Köhler Humor hat diesem Turm, dem Wahrzeichen der Ausstellung, die Bezeichnung „Königsturm“ gegeben, aber es ist kein geistiger, kein bitterer Humor, der dieses Wort erdachte. Weich hoch jeder Zeitungsjahr, wie hart Wollen und Wirklichkeit gerade im Zeitungsbetrieb aufeinanderstoßen, daß dort das Leben, das in der Zeitung seine Widerspiegelung findet, wohl am besten, am schnellsten pulsiert.

Genau wie der Verein Deutscher Arbeiter vor kurzem in Nauen zu einer Tagung zusammentrat, fanden sich jetzt in Köln, im Schatten des Kaiserforums, auch die Delegierten des Reichsverbandes der deutschen Presse zusammen. Durch die Umwandlung Deutschlands in eine Republik, in der Herrschaft der demokratischen, also der vom Willen der Massen abhängigen Staatsform, hat die Presse einen gewaltigen Zuwachs an Macht, aber auch an Verantwortung erfahren.

Dieses Überbegriffes Dr. Adenauer, der den Spitz seiner Vorträge — wegen seiner Verbände um das Bundesdenkmal der Presseausstellung — als „Presefolie“ bezeichnet, hat von der Presse als der „moralischen Aufsicht“ gesprochen, ebenso wie einst Schiller die Würde mit den Aufgaben idealistischer Erziehung beauftragte. Ein Wunsch ist beides und — bleibt beides. Auch in der deutschen Presse wird es an einer rückfälligen Verdrängung bestimmter Interessen sehr materieller Natur gewiß niemals fehlen, aber das wird in dieser deutschen Presse mit offenem Vlieser durchgestampft. Viel zu stark und ausgeprägt ist ihr Gefühl, als daß auf die Dauer Verdrängung oder Handelt möglich wäre. Und wir haben es auch jetzt in einer Zeit, da manche früher selbstverständlichen moralischen Bestimmungen ad hoc festgelegt wurden, erstreckt sich diese zum Teil zu erleben, daß Zeitungen z. B. zum Zweck bestimmter Werbermärdern glatte befohlen wurden, wie das jüdische Ausland jedes bei der französischen Presse vor dem Kriege mit großem Erfolge tun konnte.

Dann auch darin, daß der Reichsverband nicht die zur abstrakten Überbegriff führenden Zentralisierung des Pressewesens haben, wie diese gerade in Frankreich beliebt, kann man nur einen geistlich-kulturellen Vorteil erblicken. Bei uns in Deutschland stellt die Heimatpresse in ihrer Gesamtheit eine Macht dar, die dem Einfluß der „großen“ Mächten durchaus nicht nachsteht. Ihn eher noch übertrifft, weil der Vater in der Provinz fast immer in einem näheren, man möchte sagen „intimeren“ Verhältnis zu ihr steht als beim Großstadt- oder Großstadt-Verhältnis. Für so manchen, den das Leben vom Lande in die Großstadt hineingeworfen, blieb das in der früheren Heimat erlebende Wort die einzige, aber sie felle Verbindung mit der Welt, die er auch nicht im Blick im Geiste des Entwurfes das Gefühl des Werdens wieder erscheinen, auf dem er erwachen ist. Und gerade hierin liegt die Aufgabe, die Berechtigung, das — „Moralische“ der Heimatpresse.

Sinnet seiner Zeitung verknüpft der Redakteur und doch trägt er schwebend die Verantwortung, ihm ebenfalls wie dem Vater in der Provinz, fast immer in einem näheren, man möchte sagen „intimeren“ Verhältnis zu ihr steht als beim Großstadt- oder Großstadt-Verhältnis. Für so manchen, den das Leben vom Lande in die Großstadt hineingeworfen, blieb das in der früheren Heimat erlebende Wort die einzige, aber sie felle Verbindung mit der Welt, die er auch nicht im Blick im Geiste des Entwurfes das Gefühl des Werdens wieder erscheinen, auf dem er erwachen ist. Und gerade hierin liegt die Aufgabe, die Berechtigung, das — „Moralische“ der Heimatpresse.

Der Empfang der Ozeanflieger in Deutschland.

Rückkehr am 18. Juni.
Der aus den Epikureernorganisationen der Deutschen Luftfahrt sowie von Vertretern des Norddeutschen Lloyd, der Sappas, der Zanderwerke und der Deutschen Luftbank gebildete Empfangsausschuß für die Begehung der Ozeanflieger ließ und von Hinfeld in Berlin hat folgende Wortlaut aussararbeit:

Die Flieger, die am 18. Juni in Bremerhaven landeten, werden zunächst einige Tage in Bremen bleiben, wo ihnen

der erste Empfang auf deutschem Boden bereitet wird. Am 20. oder 21. Juni werden sie dann auf dem Luftwege von Bremen in Berlin einreisen, wobei ihnen ein Geschenk von Fliegengeld des Ehrengeleit geben wird. Im Flughafen Tempelhof wird ihre feierliche Begrüßung durch die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden sowie durch die Stadt Berlin erfolgen. Dann treten die Flieger im offenen Auto

die Fahrt zum Palais des Reichspräsidenten an. In beiden Teilen des Weges werden Studenten-, Arbeiter-, Soldaten- und Luftfahrvereinigungen später bilden. Der Reichspräsident selbst den Fliegern unmittelbar nach ihrem Eintreffen einen Tee. Abends veranstaltet das Reichswehrministerium ein Festessen und im Anschluß daran ist ein Festzug der Luftfahrvereinigungen und anderer Verbände zu Ehren der Ozeanflieger geplant. Am Mittag des folgenden Tages werden Köln und von Hinfeld vom Reichspräsidenten empfangen.

Vom Reichspräsidenten aus gegeben sie sich zum Aufbruch, wo ihnen die Stadt Berlin einen Empfang bereitet. Am Nachmittag dieses Tages wird ihnen vom Verein Berliner Presse ein Geschenk gegeben, abends wiederum ein Festessen der Luftfahrverbände, zu dem Einladungen an die Spitzen der Verbände ergehen werden.

Man denkt auch daran, an einem der weiteren Tage eine große öffentliche Kundgebung für die Flieger im Stadion zu veranstalten.

Die Geste für die Nothilfe-Expedition.
Die römischen Mächte werden, daß das Wasserflugzeug „S. 55“, das aufstiegt für die Aufschwung der Postflieger zur Verfügung gestellt hat, am Montag bereit sein und wahrscheinlich sofort nach Kingsbay fliegen wird. Der Flug wird in drei Etappen zurückgelegt werden. Die Maschine wird vom Kommandanten Madalena gefeuert werden. Der zweite Pilot ist Kapitän Gagny. Am Bord befinden sich noch zwei Monteur. Maffioletti hat die einzelnen Details der Hilfsexpedition nebst und den Wunsch eines glücklichen Erfolges ausgesprochen.

Das Flugzeug „Strenz des Südens“, das einen Flug von Amerika nach Australien unternimmt, hat seine erste Etappe zurückgelegt und ist glücklich in Honolulu gelandet.

Der Flug Amerika-Australien.

Der größte Atlantikflug der bisher versucht worden ist, wurde jetzt in San Francisco unternommen. Es handelt sich um den Flug des Aeroplans „Strenz des Südens“ von der Westküste der Vereinigten Staaten nach Australien. Die Entfernung von San Francisco nach Honolulu beträgt 2400 Kilometer. Von dort wollen die Piloten zwei Amerikaner und zwei Australier über die Südpazifik und Brisbane nach Sydney fliegen. Der Führer des Flugzeuges ist der Australier, Kapitän Charles Gifford Smith.

Französische Seitenhiebe gegen Deutschland

Eröffnungssitzung der Kammer in Paris.
Die neugewählte französische Kammer ist zu ihrer ersten geschäftsmäßigen Sitzung zusammengetreten. Unter dem gemobten militärischen Gehörgebet der Alterspräsidenten Sibille den Saal. In seiner Eröffnungsanrede erklärte er, daß die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme der endgültigen Lösung zugeführt werden müßten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach der Alterspräsident, Deutsches ein paar Seitenhiebe verlesen zu müssen. Er wies auf die von Frankreich aufgenommenen ausländischen Antiken hin und sprach dabei von dem „langen und blutigen Kampf, den ihm Deutschland am 2. August 1914 aufgegeben habe“. Bei Erwähnung der Wüßigkeit der Kriegsschulden erklärte er, man habe zu Ansehen und zu Zinsen greifen müssen, da Deutschland nicht die Zahlungen gestiftet habe, die man nach dem Verfall der Vertrag von ihm erhoffte (1). Sibille ließ seine Vermie mit dem Luffe ausstiegen, daß Ministerien vermeiden werden sollten, daß das von Bonaró eingeleitete finanzielle Wert noch nicht vollendet sei. Die Kammer schloß darauf zur Wahl des Bureau.

100000 Frontsoldaten in Hamburg.

Die Volkshaus des Stahlhelms.
Mit einer mächtvollen Kundgebung leitete der Stahlhelm sein diesjähriges großes Fest in Hamburg ein. Auf dem Gelände hatte die Zeitung die deutsche Stadt zu dem 9. Reichsfrontsoldaten tagung gewählt, die mit dem Ausland die meisten Beziehungen pflegt. Das Ausland folgte der Kundgebung der Frontkämpfer herein, wie der Bundesführer Feldte mehrfach ausführte.

100000 Frontsoldaten marschierten in Hamburg auf, zu gleicher Zeit fanden außerdem Kundgebungen in Preußen und in Schlesien statt. Die Marsch der Teilnehmer umfasste dem Arbeiterstande. Aus der Programmdirektion seines folgendes Wort

vorgeblich: Kameraden! Das deutsche Volk hat vor zwei Wochen seinen Reichstag neuwählt. Die sozialistische Partei haben an Zustimmung und Mandatsbesitz sich wieder dem Stande gemindert, den sie bei den Wahlen zur sogenannten Nationalliberalfamung durch Unterstützung der Sozialisten eines niedergebundenen Volkes und mit den Mitteln eines unerhörten Truges erreicht haben. Die nichtsozialistische Partei haben eine schwere Niederlage erlitten. In dieser schicksalsschweren Stunde erwartet das deutsche Volk, die Stimme des Stahlhelms zu hören.

der der Vorkämpfer der deutschen Freiheitsbewegung sein will. Der Stahlhelm erklärt, daß die Parteien, die den Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den internationalen Marxismus bestanden, aber sich als unzulänglich erweisen, den Kampf siegreich durchzuführen, abtreten sollen. Der Stahlhelm erklärt, daß das deutsche Volk sein Schicksal verdient, wenn es nicht die Kraft aufbringt, im politischen Kampfe auch mit dem Stimmzettel das Lebensrecht seines Staates zu verteidigen.

Der Stahlhelm ist sich seiner Verantwortung bewußt, wenn an ihn der Ruf ergeht, das Gesicht Deutschlands entscheidend zu bestimmen. Für deutsche Männer aber es nicht das Ideal des „Geldes im Winter“, wie es der Siegbürger gelangt hat.

Was der Stahlhelm will, ist das Gegenteil des Denkens der Marxisten und sozialistischen Revolutionäre. Es ist das Gegenteil demokratisch-partizipativer Einstellung. Es ist das Gegenteil der egoistischen Lebensanschauung und der nur auf Verzicht gerichteten Gesellschaftsauffassung des Sünder. Oberleutnant Dillischer verließ nach dem Ende des Tages, die mit feierlichem Beifall aufgenommen wurde, die zweite Vorführung des Stahlhelms, die eine Ergänzung seiner Berliner Vorführung darstellt. Es heißt darin:

Wir kennen den Krieg und wünschen darum den Frieden, den aber nur der Wille und die Kraft zur Verteidigung erhalten können. Zur Gleichberechtigung in der Welt der Nationen führt den Frieden.

Abendlicher Redner der Kriegsschuldfrage wird ernewt gefordert.

Wir lehnen den Völkerverbund ab, solange er ein Hindernis der bis an die Zähne gerüsteten Staaten bleibt. Wir erheben den Haß der deutschen Heimat und der Kolonialgebiete nicht an, das gleiche nicht die Nationalität, die zu einer mit wirtschaftlichen und militärischen Zusammenhang erprobten Kriegsbereitschaft geworden sind. In der Urteilsmeinung, daß der Völkerverbund insbesondere den Grund des Privatkapitalismus bedroht, beschließen wir auch das deutsche Reichseinigkeit als Grundlage jeder Kultur. Auf dem Gebiet der Wirtschaft verlangen wir nationale Wirtschaft und Stärkung des inneren Marktes. Das deutsche Volk muß mit der Weltwirtschaft in Wechselbeziehungen bleiben, ist aber gegen die wachsende Überfremdung zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung hat sich nicht gleichgültig verhalten. In diese gleichmächtige Volkspolizei tritt die Bewegung der Weimarer. Aber um unsere Arbeit wird umsonst sein, so schließt die Volkshaus, wenn wir nicht die Erneuerung der deutschen Arbeit und des deutschen Reiches erleben.

Der ostpreussische Stahlhelmtag.

Die Parzellierung zum Samberger Treifen des Stahlhelms in Königsberg wurde durch einen Empfang der Führer des Stahlhelms und der Pressevertreter eröffnet. Die Vertreter der Presse und der Stahlhelm, begrüßte die Vertreter der Presse und sprach über die Ziele des Stahlhelms, wobei er betonte, daß dieser heute an der Spitze nicht mehr vorübergehen könne. Am folgenden Tag feierte die Zusammenfassung der schwarz-weiß-roten Verbände. Landtagsabgeordneter von Preußen und Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Freyer betonte ihre Beziehungen, zwischen den Parteien zu bestehen und im Sinne des Stahlhelms zu bestehen. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in der Großen Koalition keinesfalls ein Befehlnis zum Marxismus sei.

Die Deutschen im Moskauer Prozeß.

Wassili Inlagan — Kalinin die gelte.
Im Moskauer Schachprozeß begann die Innenpolitische Verhandlung des Hauptangeklagten Wassili Inlagan, dessen Aussagen die alleinige Belastung der deutschen Angeklagten Meier und Otto bilden. Er erzählte, daß er im Jahre 1924 die erste Kunde von der Verhaftung erhalten habe. Sein Bruder sei in der russischen Abteilung der A. G. G. beschäftigt. Den ersten Brief von Meier, seinem Bruder habe ihm der Ingenieur Gieseler zugestellt. Er sei darin aufgefordert worden, den Werken Stalins zuzustimmen. Das habe er getan und teiler mit den Ingenieuren Hartmann und Wegener von der A. G. G. gearbeitet. Wegener habe wissenschaftlich eine Elektroanlage in der Blawowskaja-Grube beauftragt. Nach dem Eintreffen Meiers sei weitere Sabotage betrieben worden. Meier und Otto seien beauftragt gewesen, die Baupläne für das Stalinerstromwerk zu erhalten. Meier habe ihm den Auftrag erteilt, eine Turbine durch falsche Wasserzufuhr zu verderben.

Zufragen hat Kalinin auf dem Landwirtschafts-Kongress in Moskau erklärt, daß aus der Ladende der Verbannung deutscher Ingenieure nicht die Schuldfrage gezogen werden dürfe, daß die Sowjetregierung die Handlungen dieser Personen mit den deutschen Firmen in Beziehung bringe. Der Einzelfall der Anklageerhebung gegen zwei deutsche Ingenieure habe mit Sowjetrusslands allgemeinen Beziehungen zu Deutschland nichts zu tun.

Ghamberlain besucht Briand.

Besprechung über Abrüstung und Kriegszählung.
Der englische Außenminister Ghamberlain, der auf der Durchfahrt nach Genf begriffen, in Paris eintraf, wurde

von dem englischen Botschafter Lord Crewe und dem
französischen Botschafter Baron de Selys-Longchamps
und hat sich
bietet ins Unablässige, noch eine Unternehmung
mit Außenminister Briand hatte. Noch am selben Abend
fuhr er nach Genf weiter.

**Ausführung der Unternehmung erklärte Briand den
Pressevertretern, er habe mit Chamberlain sämtliche politischen
Probleme besprochen, die gegenwärtig die Regierungen
beschäftigen oder auf der Tagesordnung der
Völkerbundsratsung stehen. Es habe sich dabei eine
völlige**

**Übereinstimmung des französischen und des englischen
Standpunktes**

herausgestellt.
Vor allem sei die Verwirklichung in weitem Sinne
und im Rahmen dieses Problems auch der Antirags-
paritätssatz des Amerikaners Kellogg besprochen worden.
Die hierzu von Kellogg gezeichnete Rede betraute die
der Annahme, daß die Vereinigten Staaten die Vor-
behalte hinsichtlich der Verpflichtungen aus dem Völker-
bundvertrag und hinsichtlich der Handlungsfreiheit der ver-
tragschließenden Mächte im Falle der Besetzung der
Palste durch einen beteiligten Staat annehmen werden.
Es bleibe noch zu entscheiden, ob diese Vorbehalte im Fall
selbst oder in einem Anhang niedergelegt werden sollen.

In der St. Gotthard-Offize (Waffenkammer) (siehe
siehe) noch zu langer Zeit nicht mehr viel tun, jedoch wollte
in Genf werden, eine Erweiterung der Mitgliedschaft
des Völkerbundespräsidenten für die Zeit zwischen den
Sessionen zu erreichen, um in Zukunft beratige Ver-
formnisse zu verhindern.

Auch bei der Erörterung der künftigen Probleme
und der italienisch-französischen Differenzen habe er sich
mit Chamberlain in reiflicher Überlegung befunden.
Dieser habe ihm ferner über seine in London geäußerten
Bedenken gegen den italienischen Minister-
präsidenten Mussolini mitgeteilt.

Lechur — Arbeitsminister.

Unter Vorsitz des Präsidenten der Republik, Dou-
mergue, hat ein Ministerialrat stattgefunden. Minister-
präsident Poincaré legte dem Präsidenten der Republik das
Dekret zur Unterzeichnung vor, durch das der Abgeordnete
Lechur als Nachfolger Paul-Boncour zum Arbeitsminister
ernannt wird. Lechur wird als Minister rat-
genommen. Außenminister Briand hat über die außen-
politische Lage Bericht erstattet.

Deutsche Erklärungen zur Mindestlohnfrage

Gegen Verallgemeinerung des Lohnunternehmens.

Auf der Genfer Arbeitskonferenz wurde nach der
Ansprache über den Mindestlohn die Frage der
Mindestlöhne angefaßt. Der vom Arbeitsamt
vorgelagerte Entwurf über die Mindestlöhne sieht vor, daß
das System ihrer Festsetzung der Gesetzgebung der ein-
zelnen Länder überlassen bleibt. Im Anschluß an eine
Rede des englischen Regierungsvizepräsidenten erklärte
Geheimrat Dr. Feiler, daß sich die Auffassung der deut-
schen Regierung in dieser Hinsicht nicht wesentlich
unterschiede. Während die englische Regierung das System
der staatlichen Lohnämter für alle Industrien eingeführt
habe und deshalb in das Übernehmen hineinzuweisen
wünsche, sehe die deutsche Regierung auf dem Stand-
punkt, daß das System der Lohnämter nur für die Heim-
arbeiter in Betracht kommen könne, während es nicht
auch auf die Industriearbeiter angewandt werden dürfe.
Einer erweiterten Anwendung der staatlichen Lohnämter
in anderen Ländern widersetzte sich die deut-
sche Regierung nicht, sie ziehe aber den Entwurf des Arbeits-
amtes, der den einzelnen Regierungen volle Freiheit lasse,
vor. Die deutsche Regierung sei nicht bereit, das Über-
nehmen wäre für Deutschland nicht möglich.
Auch der deutsche Arbeitervertreter Stühmer
sprach sich für die Annahme des Entwurfs des Arbeits-
amtes aus, nachdem der Begriff des Heimarbeiters eine
bessere Definition als im Vorjahr erhalten habe.

Wenig günstige Lage des Handwerks.

Säuflicher Gewerkschaft.

Vom Reichverband des deutschen Handwerks wird die
Wirtschaftslage des Handwerks im Reich als außer-
ordentlich bedauerlich bezeichnet. Ein Grundzug kann man eine Verdrängung
in den Saisonbetrieben feststellen, so besonders im Bauhand-
gewerbe, in einigen Handwerken und im Metallgewerbe.
Im allgemeinen ist ein großer Anstieg zu beobachten,
zwischen dem Handwerk in Groß- und Mittelsstädten einerseits
und dem Handwerk in der Kleinstadt und auf dem ländlichen
Raum andererseits. Der Arbeitsmarkt hat im allgemeinen
noch eine Entlastung erfahren. Dem wichtigsten Indikator für
die Lage des Handwerks ist der Auftrieb der Auftragslage
in den Arbeitsstätten festzustellen. Die Beschäftigung
ist nur sehr zurückgefallen und die Zahl der in einem Be-
trieb beschäftigten Personen schwankt sehr stark auf und ab.

Pressekundgebung für das Rheinland.

Von der Tagung des Reichsbundes der Deutschen
Presse in Köln.

Zu der Tagung der Reichsorganisation der deutschen
Redakteure des Reichsbundes der Deutschen Presse, war
u. a. auch eine Anzahl Reichs- und preussischer
Minister erschienen. Generalsekretär Wäcker begrüßte als
Vorsitzender die Gäste. Darauf wies Außenminister
Dr. Wäcker auf die gemeinsamen Aufgaben von Staat
und Presse hin, auf die Förderung der Kulturpolitik, die
beiden anliegen sein muß. Generalsekretär Dr. Wäcker
feierte die rheinische Presse, die Köpfe wie Joseph Störck,
Karl Marx, Dumont und Wachen aufzuweisen hat. Und
doch übertrage die Zeitung der rheinisch-westfälischen
Presse in der Zeit der letzten Weimarer Jahre. Hier habe
sie der besten Kollektivität gegolten, der Patriot und Persön-
lichkeit hinter das Vaterland gesteckt habe.

Für deutsche Schulen in Afrika.

Saumpferkennung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Unter großer Beteiligung aus dem ganzen Reich wurde
in Stuttgart die Saumpferkennung der Deutschen Kolonial-
gesellschaft statt. Der Vorsitzende,
Gouverneur Sell,
begrüßte die staatliche Vertretung, besonders die Gäste
die Vertreter der Reichsregierung, des Kaiserlichen
Amtes und des Reichsausschusses. Er betonte u.
a. als bedeutendes Ereignis in den letzten Jahren auf
dem Gebiet der Kolonialfrage die Ernennung eines
deutschen Vertreters für die Mandatskommission.
Diese Ernennung werde aber von weiten Kreisen falsch
aufgefaßt. Denn dieser deutsche Vertreter sei nicht als

Vertreter der deutschen Regierung, sondern als Ver-
trauensmann des Völkerbundes vom Generalsekretär des
Völkerbundes ernannt worden mit dem Auftrag, für die
richtige Durchführung der Mandatsverwaltung einzutreten.
Diese Idee aber an dem Grundgedanken, daß sie
im Widerspruch zu dem Völkerbundvertrag
stehe. Deutschland müsse sich der Umwandlung der Man-
dats in Annerkennung mit aller Macht widersetzen. Zu-
mindest habe Deutschland einen Gesandten nach
Saumpferkennung hinmitten schließlich einmündig einer
Gesandtschaft zu, in der die
Gründung deutscher Schulen.

mit Internaten in Deutsch-Ostafrika gefordert und die
Reichsregierung ersucht wird, Mittel für diesen Zweck
zur Verfügung zu stellen. Als Tagungsort für 1929
wurde einmündig Kiel gewählt. Sodann folgten ver-
schiedene Referate.

Saumpferkennung des Deutschen Kolonialkriegerbundes.

Im Stuttgarter Lindenmuseum fand auch die öffent-
liche Saumpferkennung des Deutschen Kolonialkriegerbun-
des statt. Der Präsident, Generalleutnant a. D. Ritter
v. Epp, begrüßte die Erschienenen. Nach Erledigung des
geschäftlichen Teils wurde ein Antrag angenommen,
Sergeant Adolf Friedrich von Pfeilberg zum Ehrenmit-
glied zu ernennen. An den Reichsausschüssen v. Hinden-
burg und an General v. Klotzow-Borbeck wurden Bes-
grüßungsgramme abgelesen. Nach einem Referat über
die Lage im Tropenkolonialkrieg wurde eine Entschließung
angenommen, in der der Deutsche Kolonialkriegerbund
einmündig seiner Zustimmung darüber Ausdruck gibt,
daß die Vertragsverhandlungen über die Kolonial-
bestimmten trotz vierjährigen Bittens immer noch nicht
wiederhergestellt worden sind.

**Politische Rundschau
Deutsches Reich**

Gemeinsame Geschäftsordnung für höhere Reichsbehörden.
Das Reichskabinett hat von dem Reichsparlamentarier
aufgelegten Entwurf einer gemeinsamen Geschäftsordnung
für die höheren Reichsbehörden, die am 1. Oktober 1928
in Kraft tritt, genehmigt. Nachdem bereits am
1. Januar 1927 eine gemeinsame Geschäftsordnung für
die Reichsministerien in Kraft gesetzt wurde, ist damit
ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der einheitlichen
Bureaureform in der Reichsverwaltung getan worden.
Die neue Geschäftsordnung bringt, entsprechend ihrem
Ziele, den Geschäftsablauf der höheren Reichsbehörden zu
vereinfachen, zu beschleunigen, zu vereinheitlichen, viele
Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustande.

Deutscher Reichsministerialrat. begrüßt den ge-
planten Austausch zwischen Deutschland und Öster-
reich als einen dankenswerten Versuch praktischer An-
schlußarbeit. Der Gedanke, österreichische Kinder nach
Deutschland zu bringen und der reichsdeutschen Jugend
den Weg nach Österreich zu ebnen, habe nicht nur in öst-
licher, sondern auch in deutscher Bevölkerung eine
nicht außer Erwägung lassen. Das Schicksal
und die unmittelbare Anschauung tragen an
sicherlich dazu bei, das Bewußtsein der nationalen Ge-
meinschaft auszubilden.

Danzig.

Die Beamtenfrage verlagert den Senat.
Die Danziger Beamtenfrage hat wegen des provi-
sorischen Beschlusses des Senats am 20. März 1928 beim
Landgericht Danzig Klage gegen den Senat erhoben, weil
sie die Verfassungsmäßigkeit des Beschlusses anzeiwelt.
Das provisorische Beschlusses sei, Gestaltungsänderungen
in zentraler Linie vor. Die Beamtenfrage steht
aber auf dem Standpunkt, daß die Beamtengehälter, wie
sie einmal festgelegt sind, zu den wohnortnahen Rechten
der Beamten gehören. Der Klage sind Reichsjustizien
bedeutender Rechtsgelehrter beigefügt.

Zugswlänen.

Beifällige Antwort an Italien.
Wie verlautet, ist die jugoslawische Antwort auf den
italienischen Protest gegen die italienischen Aus-
sicherungen in Dalmatien derart, daß die Zwischenfälle
als befriedigend abgeschlossen gelten können, voraus-
gesetzt, daß keine weiteren Ausschreitungen erfolgen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat den
zweiten in Berlin weilenden ägyptischen Königin von Zuhier,
Zohr Reding, empfangen.
Berlin. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Herms-
dorff ist Mitglied des Zentrums wieder in den Reichstag ge-
wählt worden ist, ist als Nachfolger des Freiherrn v. Sterner
zurück in den Reichstagsparlamentarier berufen
worden.

Wien. Der Bundesrat hat die Eisenbahnverkehrs-
ordnung angenommen. Der Verkehrsausschuss wies auf
die Wichtigkeit dieser Vorlage für die Entwicklung an das
Wirtschaftsleben des Deutschen Reichs.
Strasbourg. Mehrere Personen, die im Kolmarer
Autonomienprozess als Geschworene mitgewirkt
haben, erhielten Prohibitions und werden auch sonst bedroht.
Einer von ihnen hat sich unter polizeilicher Schutz begeben.

Paris. Hier wurde eine parlamentarische Vereinigung
zum Studium deutsch-französischer Fragen ge-
gründet; den Ehrenvorsitz haben Briand und Paul-Bon-
cour übernommen.
Paris. Der deutsche Botschafter v. Sosef hat den Außen-
minister Briand besucht, um die Beziehungen der deutschen
Regierung über die Genugtuung des Ministers zum Ausdruck zu
bringen und auch in eigenen Namen Herrn Briand zu seiner
Wiederberufung zu beaufschließen.

Lissabon. Der neuernannte deutsche Gesandte von
Balkang hat sein Beurlaubungsschreiben überreicht.
Wien. Das österreichische Kabinett beschloß, die den
Tagesminister, Verhandlungen über die Aufhebung der
Schweizermerke mit Deutschland zu führen.
Moskau. Das Präsidium der kommunistischen Inter-
nationalen hat den 6. Kongress der Internationale auf den
28. August festgesetzt.

Aus der Umgegend

Hebra, 5. Juni.

Turnerausflug. Eine Abordnung unserer Turnvereine
fuhr am Sonntagausflug mit der Bahn nach Hofleben, um den
Berein beim Sommerfest des dortigen Turnvereins zu vertreten.
Unsere Turner wurden am Hofleber Bahnhof begrüßt und dem dort
auf sie wartenden Festzug einverleibt. Der kameradschaftliche Verkehr,
unmitten des Hofleber Turnvereins, war ein recht guter.

Mütterberatungs- und Säuglingskriegenunden
im Bezirk Hebra sind für den Monat Juni an folgenden Tagen
und Orten festgesetzt:

Schöneberg am 13. Juni 14 Uhr in der Schule Garsdorf	11.	15	im Pfarrhaus Hofleben	21.	15	im Pfarrhaus Hofleben	19.	15	Catharus Hof Hebra	22.	15	Altstetter
---	-----	----	--------------------------	-----	----	--------------------------	-----	----	-----------------------	-----	----	------------

Strasensperren. Der Landrat des Kreises Göttingen
berga macht bekannt, daß wegen Pflichtenarbeiten folgende Straßen
gesperrt werden: Die Straße Bad Albra-Göttingen im Ort
Kloster Göttingen von km. 6,1 bis km. 6,3 vom 1. Juni bis 18. Juni
ds. Js. für allen Verkehr. Der Durchgangsverkehr wird über
Schimmel-Frauentraube, der örtliche Verkehr auf die anliegenden
Hofwege verwiesen. Die Straße Buresroba-Langha am Ort
Buresroba von km. 0,0 bis km. 0,1 vom 4. bis 9. Juni 1928
für allen Verkehr. Der Durchgangsverkehr wird von Langha über
Bad Albra Pleiser-Dietrichsroba, der örtliche Verkehr auf die an-
liegenden Hofwege verwiesen. Durch Ausschließen von Sperrenfeldern
werden die Sperrungen örtlich begünstigt werden.

Strasensperre bei Göttingen. Die Staatsstraße von
Göttingen über Straußfurt nach Göttingen ist von Kilometer 21,7 bis
zur preussischen Landesgrenze von km. 20,1 bis zum km. 20,3
gesperrt worden. Umleitung über Oetenhausen — Weisenfeld — Strauß-
furt und umgekehrt.
Göttingen. Eine Auseinandersetzung mit bösen Folgen
hatten je ein Vertreter des franken und schwaben Geschlechts zweier
benachbarten Göttinger in Walldorf. Im Verlaufe des Streites
wurde die Nachbarin zu morden, daß sie dem Nachbar sämtliche
Fensterkassen entlang der Straßenfront zerhackt.

Senz. Der in Unterherrschaft hiesigkeits frühere Rechts-
anwalt Walter S., der feinerzeit als Salami-Zins verschiedene
Postkarten, die er befallen sollte, vermischt mit einem Brief unter-
drückte, wurde vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis
verurteilt.

Erfurt. Seit dem 30. Mai wird der Arbeiter Kurt Lisch
aus Erfurt vermisst. Er war mitwags mit seinem Fahrrad vom
Friedrich-Wilhelmplatz fortgeritten, um eingehend eine Raubtour zu
machen und ist nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß
sich ein Unglück zugefallen ist.

Groß Hofleben. Hier geriet ein Brautpaar in heftigen
Streit. Die Braut, eine politische Wandarbeiterin, schlug auf
ihren Brautgänger mit einem Stuhl ein. Darauf zog der junge Mann
einen Revolver und gab auf das Mädchen fünf Schüsse ab. Sodann
brachte sich der Brautgänger einen Stuhl in den Kopf bei. Die beiden
Schmerzverletzten wurden in hoffnungslosem Zustand dem Kranken-
haus überführt.

Nach und Fern

**Ein neues Todesopfer der Hamburger Rhoden-
arbeiterfrage.** Der wegen Rhodenarbeiterfrage in das
Krankenhaus St. Georg eingelieferte Karl Kühn aus
Wilhelmshagen ist gestorben. Damit befaßt sich die Zahl
der in hamburgischen Krankenhäusern an Rhodenarbeiter-
frage Verstorbenen nunmehr auf sieben, die der
Toten insgesamt auf zehn. Es befinden sich in den Ham-
burger Krankenhäusern noch zwölf Rhodenarbeiter, deren
Entlassung jedoch unmittelbar bevorsteht.

Rohde Arbeiter zu Wahrung. Als Rohde für
„Wahlmüde“ kann eine Wirtin in Flitzow (Grenzwald)
bezeichnet werden. Am Samstag, frühmorgens gegen
4 Uhr, wurde von ihr das achte Kind geboren. Das war
an sich eine erfreuliche Tatsache und doch nicht nach dem
Sinn der Mutter, die es sich vorgenommen hatte, um
den Welt zu gehen. Zufällig erkrankte sie auch
fünf Stunden nach der Geburt im Waidhofel und gab
ihre Stimm ab.
Sechs Gefühle eingeleistet. In dem am Dammschen
See gelegenen Dorfe Luffenthal vernichtete ein Feuer im
Verlauf einer Stunde sechs Gefühle. Die Wohnhäuser,
Gärten und Ställe mit sämtlichen Viehhäuten, worin
landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und den ge-
samten Futtermitteln wurden ein Raub der Flammen.
Viesedrama zwischen Trauteuten. Im Dorfe
Groß-Rohdeburg im Kreise Calbe a. d. S. geriet ein
Brautpaar in heftigen Streit, der schließlich in Tötungs-
versuchen ausartete. Die Braut, eine politische Wand-
arbeiterin, schlug auf ihren Brautgänger mit einem Stuhl
ein. Darauf zog der junge Mann einen Revolver und
gab auf das Mädchen fünf Schüsse ab. Die Göttinger
Bräutigam brachte sich zusammen. Sodann brachte sich der
Brautgänger einen Stuhl in den Kopf bei.

Verhängnisvolle Vernehmung. Bei der Drötsch
Samstag erkrankte der Säugling Max Sellhammer, der
sich auf der Jagd befand, den 13-jährigen Franz Zehn-
arbeiter und den 14-jährigen Säugling von Max Zehn-
arbeiter aus Haining, die aus dem Wäldchen fünf Schüsse
erhielten, offenbar in der Meinung, Revolver zu sich zu
haben. Ein dritter junger Mann hatte sich zu Boden ge-
worfen und blieb unverletzt.

Im Rhein ertrinken. Bei einer Kahnfahrt auf dem
Rhein bei Düsseldorf gerieten drei junge Leute im Alter
von 13 bis 20 Jahren mit ihrem Boot in das Rheo-
weiser eines Damms. Der Kahn schlug um. Von den jungen
Leuten konnte sich einer durch Schwimmen retten, die
anderen beiden ertranken.

Schreibmaschinenverurteilung im Flugzeug. Der
englische Flieger Cobham hat seinen Flug nach Afrika
beendet. Seine Erfahrungen mit seinem Motor unter den
verschiedenen klimatischen Bedingungen hat er in einem
200 000 Worte langen Bericht niedergelegt, den er im Flug
seiner Frau in die Maschine diktierte.

Kampf gegen die Jagdband in Rudapett. Der
Zweitenausch der Stadt Rudapett hat beschlossen, daß in
sämtlichen Gaststätten, die Eigentum der Stadt Rudapett
sind, keine Jagdband, sondern nur noch Raucherzettelchen
spielen dürfen.

Tante Tageschronik

Berlin. Die Stadt Köpenick a. d. S. wird ihr 70-jähriges
Jubiläum im August durch eine landwirtschafliche Ausstellung
und eine Festlichkeiten feiern.

Köpenick. Der bekannte Köpenicker Reichsausschuss
Rud Müller hat etwa fünfzig seiner Mittem um Beträge
von mehreren tausend Kronen betrogen. Im ganzen beträgt
die unterlassene Summe etwa 180 000 Kronen.

Köpenick. Bei Köpenicker Festzug zwei Dampfer zu-
sammen. Sechs Passagiere kamen dabei ums Leben. Ein
Dampfer ist led geworden.
Wien. In Cobert im Staate Kalifornien wurde durch
Feuer ein Farmhaus zerstört; der Besitzer, seine Frau und
zwei Kinder kamen in dem Feuer um.
Berlin. Die für den oberösterrischen Zeitungs- und
Druckereibesitzer in Wien verhaftet worden sind, wurde
als Minister für verurteilt erklärt worden.



